

### **Zusammenfassung des Vorsitzenden**

Wir sind in Evian zu unserem jährlichen Gipfeltreffen zusammengekommen, zuversichtlich, dass wir die Herausforderungen im Hinblick auf die Förderung des Wachstums, die Stärkung nachhaltiger Entwicklung und die Verbesserung der Sicherheitslage durch unsere gemeinsamen Bemühungen bewältigen können. Unsere Gespräche mit den Staats- und Regierungschefs von Schwellen- und Entwicklungsländern (Ägypten, Algerien, Brasilien, China, Indien, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Saudi-Arabien, Senegal, Südafrika) und mit dem Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie den Vertretern der VN, der Weltbank, des IWF und der WTO boten eine Gelegenheit für einen Gedankenaustausch über Wachstum und internationale Zusammenarbeit. Es wurden neue Vorschläge gemacht, die unsere zukünftige Arbeit unterstützen könnten. Folgende Überlegungen liegen unseren Entscheidungen zugrunde.

#### **1. Stärkung des Wachstums weltweit**

- **Makroökonomie, Strukturreformen, Handel und verantwortliche Marktwirtschaft.**

Unsere Volkswirtschaften haben viele Herausforderungen zu bestehen. Viele große Risiken des Abschwungs sind jedoch zurückgegangen, und die Voraussetzungen für eine Erholung sind eingetreten. Wir haben Vertrauen in das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaften. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit, um die in der Entwicklungsagenda von Doha festgelegten Ziele zu erreichen und den dort vorgesehenen Zeitrahmen einzuhalten, wie es in unserem Aktionsplan zum Handel zum Ausdruck kommt, und eine solide, Wachstum begünstigende makroökonomische Politik zu betreiben, und dabei gleichzeitig auf innerstaatlicher und außenwirtschaftlicher Ebene Nachhaltigkeit zu sichern. Unsere gemeinsame Verantwortung besteht darin, in unseren eigenen Volkswirtschaften das Wachstum anzureizen und somit zu einer stärkeren globalen Wirtschaft beizutragen.

Da dieser Beitrag stärker auf Strukturreformen und Flexibilität basieren sollte, bekräftigen wir unser Bekenntnis zu Folgendem:

- Umsetzung von Strukturreformen auf den Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten;
- Umsetzung von Renten- und Gesundheitsreformen, da wir gemeinsam vor der Herausforderung alternder Gesellschaften stehen;

- Steigerung der Produktivität durch Bildung und lebenslanges Lernen und durch die Schaffung eines Umfelds, in dem Unternehmertum gedeihen kann, und Förderung des Wettbewerbs sowie öffentlicher und privater Investitionen in Wissen und Innovation;
- Stärkung des Vertrauens von Investoren durch Verbesserung von Unternehmensführung, Verstärkung der Marktdisziplin und Erhöhung der Transparenz;
- den Prinzipien unserer Erklärung zur Förderung von Wachstum und einer verantwortlichen Marktwirtschaft in Verbindung mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und der wirksameren Bekämpfung der Korruption, einschließlich einer konkreten Initiative zu Grundstoffindustrien..

- **Verhinderung und Lösung von Finanzkrisen**

Wir begrüßen die im letzten Jahr erzielten Fortschritte bei der Stärkung des internationalen Rahmens zur Verhinderung und Lösung von Finanzkrisen und der damit einhergehenden Verbesserung der Bedingungen für anhaltende private Investitionen in die Schwellenmärkte. Der IWF sollte seine Überwachung weiter verstärken, indem er sie umfassender, unabhängiger, nachvollziehbarer und transparenter gestaltet. Er sollte ferner an Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung für die Restrukturierung staatlicher Schulden arbeiten. Wir werden verstärkt Disziplin bei der Bereitstellung öffentlicher Gelder üben.

Wir setzen uns auch weiterhin für die baldige und breit angelegte Annahme von Standardklauseln für kollektives Handeln ein, ausgehend von den konkreten Maßnahmen, die von einigen Ländern bereits ergriffen wurden. Wir begrüßen von Emittenten, dem Privatsektor und unseren Beamten eingeleitete Initiativen zur Entwicklung eines Verhaltenskodex. Wir sehen weiteren von ihnen erzielten Fortschritten erwartungsvoll entgegen.

Wir begrüßen die von unseren Finanzministern erzielte Einigung auf eine neue, den Anforderungen genau angepasste Verfahrensweise des Pariser Clubs im Hinblick auf die Schuldenprobleme von nicht zur HIPC-Gruppe gehörenden Ländern. Wir erwarten von diesem "Evian-Verfahren", dass es die Probleme eines tragbaren Schuldenniveaus schlüssiger angeht und gleichzeitig sicherstellt, dass eine Umschuldung als letztes Mittel bleibt.

Wir sehen den Ergebnissen der laufenden Bemühungen zur Stärkung des internationalen Rahmens zur Verhinderung und Lösung von Finanzkrisen mit Interesse entgegen.

## 2. Stärkung nachhaltiger Entwicklung

Wir richteten unser Hauptaugenmerk auf die Umsetzung der international abgestimmten Millenniums- und der Johannesburg-Entwicklungsziele in den folgenden Bereichen:

- **Afrika:** Unsere Gespräche mit Mitgliedern des NEPAD-Lenkungsausschusses, den Präsidenten von Algerien, Nigeria, Senegal und Südafrika haben unseren gemeinsamen Willen bezeugt, zur Entwicklung Afrikas beizutragen. Wir haben den von unseren Persönlichen Beauftragten erstellten Bericht gebilligt. Wir haben uns darauf geeinigt, den Dialog über NEPAD und die Umsetzung des Afrika-Aktionsplans der G8 auf andere afrikanische Staats- und Regierungschefs auszudehnen. Wir laden interessierte Länder und einschlägige internationale Organisationen ein, hochrangige Beauftragte zu benennen, die sich an dieser Partnerschaft beteiligen. Wir werden die Fortschritte unseres Aktionsplans spätestens im Jahr 2005 auf der Grundlage eines Berichts überprüfen.
- **Hunger:** Um die Bedrohung, der sich Millionen Menschen, insbesondere in Afrika, gegenübersehen, zu verringern, haben wir uns verpflichtet, auf Bedürfnisse an Nahrungsmittelforthilfe einzugehen und uns auf Wege geeinigt, die Präventionsmechanismen gegen Hunger sowie die langfristige Ernährungssicherheit zu verbessern.
- **Wasser:** Aufbauend auf dem Weltwasser-Forum von Kyoto haben wir einen Aktionsplan angenommen, der dazu beitragen soll, die Millenniums- und Johannesburg-Ziele zu erreichen, nämlich die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und Abwasserentsorgung haben, bis 2015 zu halbieren.
- **Gesundheit:** Wir haben uns auf Maßnahmen für die Erreichung folgender Ziele geeinigt:
  - Stärkung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose sowie Stärkung anderer bilateraler und multilateraler Anstrengungen, insbesondere durch aktive Beteiligung an der Geber- und Unterstützerkonferenz, die im Juli in Paris stattfindet;
  - verbesserter Zugang zu Gesundheitsversorgung, einschließlich Medikamente und medizinische Behandlung zu erschwinglichen Preisen in armen Ländern;
  - Förderung der Erforschung von Krankheiten, die hauptsächlich Entwicklungsländer betreffen;
  - Mobilisierung der zusätzlichen Geldmittel, die benötigt werden, um Polio bis 2005 auszurotten;
  - Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen neue Epidemien wie SARS.

- **Entwicklungsfinanzierung:** Wir bekennen uns erneut dazu, die Herausforderung der globalen Armut zu bewältigen und die Millenniums-Entwicklungsziele und den Konsens von Monterrey zu unterstützen. Wir verweisen darauf, dass das Erreichen dieser ehrgeizigen Ziele erhebliche Bemühungen von den entwickelten und den Entwicklungsländern erfordern wird, darunter auch die vermehrte Bereitstellung von Ressourcen. Wir begrüßen den Bericht unserer Finanzminister über ihre Gespräche zu unseren aufgestockten Mitteln und zu Finanzierungsinstrumenten. Wir ersuchen sie, uns im September über die im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten aufgeworfenen Fragen einschließlich des Vorschlags für eine neue Internationale Finanzierungsfazität zu berichten.
  
- **Schulden:** Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu der Initiative für die hochverschuldeten armen Länder (HIPC), die auf dem Kölner Gipfel auf den Weg gebracht wurde. Seit Kananaskis, wo wir zusagten, unseren Anteil an der Deckungslücke von bis zu 1 Mrd. \$ zu übernehmen, sind weitere Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative erzielt worden. 26 der ärmsten Länder der Welt profitieren nunmehr von der zugesagten Schuldenerleichterung mit einem Nennwert von über 60 Milliarden \$. Angesichts der fortgesetzten Implementierungsprobleme und der langsamen Fortschritte der Länder bei dieser Initiative haben wir folgende Bereiche als vorrangig ermittelt:
  - Um den in Frage kommenden Ländern dabei zu helfen bzw. sie zu ermutigen, die erforderlichen Schritte zur Vollendung des HIPC-Prozesses zu tun, haben unsere Finanzminister den IWF und die Weltbank ersucht, bis zu ihren nächsten Jahrestreffen die konkreten Hindernisse in jedem Land und die Schritte zu deren Beseitigung zu benennen.
  
  - Nicht alle staatlichen und kommerziellen Gläubiger haben bis jetzt zugesagt, sich an der Initiative zu beteiligen. Wir ersuchen den IWF und die Weltbank dringend, ihre Bemühungen zur Sicherung der vollständigen Teilnahme aller Gläubiger zu intensivieren. Ferner sollten weitere Optionen zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten ausgelotet werden.
  
  - Wir begrüßen die Fortschritte bei der Verwirklichung unserer in Kananaskis gemachten Zusage, die geschätzte Finanzierungslücke im HIPC-Treuhandfonds zu füllen in Gestalt der in Paris im Oktober 2002 gemachten Zusagen von 850 Millionen \$. Wir werden auch künftig den Finanzbedarf des Treuhandfonds im Auge behalten.
  
  - Wir bekräftigen das Ziel, ein dauerhaft tragfähiges Schuldenniveau in den HIPC-Ländern zu gewährleisten, und weisen darauf hin, dass diese Länder weiterhin anfällig für

exogene Schocks sind, auch nach Erreichen des Vollendungspunkts. In diesem Zusammenhang haben wir unsere Finanzminister aufgefordert, bis zum September die Mechanismen zur Förderung verantwortungsbewussten staatlichen Handelns und die Methoden zur Berechnung der Summe für die Aufstockung der Schuldenerleichterung, die Ländern nach Erreichen des Vollendungszeitpunkts zu Verfügung gestellt werden sollen, auf der Grundlage einer aktualisierten Kostenschätzung zu überprüfen. Marktbasierende Mechanismen und andere effektive Instrumente, um die Auswirkungen von Rohstoffpreisfluktuationen auf Länder mit geringem Einkommen in den Griff zu bekommen, sollten ebenfalls ausgelotet werden.

- **E-Government:** Wir begrüßen die Arbeit am *e-government model*, mit dem Effizienz und Transparenz in Entwicklungsländern gefördert werden sollen, und werden auf die Erweiterung des Kreises von Empfängerländern hinarbeiten.
- **Menschliche Sicherheit:** Wir haben den Bericht der Kommission für Menschliche Sicherheit an den Generalsekretär der VN zur Kenntnis genommen.
- **Wissenschaft und Technologie für nachhaltige Entwicklung:** Wir haben einen Aktionsplan angenommen, der aufzeigt, wie wir Wissenschaft und Technologie für nachhaltige Entwicklung mit Schwerpunkt in den folgenden drei Bereichen am besten nutzen können:
  - globale Beobachtung,
  - sauberere und effizientere Energie und den Kampf gegen Luftverschmutzung und den Klimawandel,
  - Landwirtschaft und Artenvielfalt.

Diejenigen von uns, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, bekräftigen ihre Entschlossenheit, es in Kraft treten zu sehen.

- **Illegaler Holzeinschlag:** Aus der Perspektive der nachhaltigen Waldbewirtschaftung bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, internationale Bemühungen um die Bekämpfung des Problems des illegalen Holzeinschlags zu stärken.
- **Meeresumwelt und Tankschiffsicherheit:** Wir billigten einen Aktionsplan, um die Gefahr der exzessiven Ausbeutung der Meeresschätze zu verringern und die Sicherheit des Seeverkehrs zu verbessern.

- **Nukleare Sicherheit:** Im Einklang mit unserer Erklärung von Kananaskis haben wir die G8-Gruppe für nukleare Sicherheit eingesetzt und ihr Mandat sowie die von uns allen geteilten Kernprinzipien gebilligt, um die sichere Nutzung der zivilen Kerntechnik zu fördern.

### 3. Verbesserung der Sicherheitslage

Begrüßenswerte Fortschritte sind bei der Bekämpfung des Terrorismus weltweit erzielt worden. Wir nehmen jedoch mit Sorge die unverändert bestehende Bedrohung durch terroristische Netzwerke, die Probleme der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in einigen Ländern und die Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zur Kenntnis, die von ungelösten Konflikten ausgehen.

- **Nichtverbreitung:** Wir haben eine Erklärung zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen angenommen und einen Aktionsplan zur Verhinderung des radiologischen Terrorismus und zur Sicherung radioaktiver Strahlenquellen indossiert.
- **Terrorismus:** Wir haben einen Aktionsplan zum Aufbau von Kapazitäten gegen Terrorismus angenommen und eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (CTAG) zur Unterstützung des VN-Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus (CTC) eingesetzt, um terroristische Gruppen weltweit zu bekämpfen. Einer der besten Wege zur Bekämpfung des Terrorismus besteht darin, ihn von den Finanzquellen abzuschneiden, die ihn unterstützen. Wir weisen die Finanzminister an, Fortschritte zu bewerten und die nächsten Schritte aufzuzeigen. Wir bitten die Minister ferner, mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit auf ihrem bevorstehenden Treffen im September in Dubai einen Dialog mit ihren Kollegen in anderen Ländern einzuleiten, einschließlich derjenigen, deren offizielle wie informelle Finanzinstitutionen als Kanäle für eine solche Finanzierung dienen könnten.
- **Transportsicherheit und Kontrolle von MANPADS:** Um die Risiken terroristischer Anschläge auf Massentransportmittel weiter zu verringern, haben wir die Umsetzung der in Kananaskis vereinbarten Maßnahmen überprüft und beschlossen, neue Initiativen zur Sicherheit im See- und Luftverkehr zu ergreifen. Wir haben uns auf Maßnahmen zur Verhinderung des Einsatzes tragbarer Luftabwehrsysteme (MANPADS) gegen die Zivilluftfahrt geeinigt.
- **Globale Partnerschaft:** Wir bekräftigen die von uns in Kananaskis eingegangenen Verpflichtungen, Terroristen oder diejenigen, die ihnen Unterschlupf gewähren, daran zu hindern, Massenvernichtungswaffen zu erwerben. Zu diesem Zweck haben wir die Umset-

zung der im letzten Jahr begründeten Globalen Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien überprüft. Wir begrüßen die bisher erzielten Fortschritte. Wir sind entschlossen, unsere Bemühungen aufrechtzuerhalten und zu erweitern, die darauf abzielen:

- unsere in Kananaskis eingegangene Verpflichtung, bis zu 20 Mrd. \$ in 10 Jahren aufzubringen, zu verwirklichen;
- konkrete und lohnende Projekte zu entwickeln und einzuleiten;
- die Leitlinien vollständig umzusetzen;
- diese Initiative für neue Länder zu öffnen.

Mit diesem Ziel vor Augen unterstützen wir den Aktionsplan zur Globalen Partnerschaft.

- **Kleinwaffen:** Wir begrüßen das bevorstehende Staatentreffen zum illegalen Handel mit Kleinwaffen, das im Juli 2003 am Sitz der Vereinten Nationen in New York stattfinden wird.

#### 4. Regionale Fragen

- **Irak:** Wir begrüßen die einstimmige Verabschiedung der Resolution 1483 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und teilen die Überzeugung, dass die Zeit nunmehr gekommen ist, Frieden zu schaffen und Irak wieder aufzubauen. Unser gemeinsames Ziel ist es, Irak wieder zu einem uneingeschränkt souveränen, stabilen und demokratischen Staat zu machen, der in Frieden mit seinen Nachbarn lebt und unwiderruflich den Pfad des Fortschritts eingeschlagen hat. Wir begrüßen die Ankündigung der Vereinten Nationen bezüglich eines Vorbereitungstreffens für eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau Iraks.
- **Israel und Palästina:** Wir begrüßen die Billigung des "Fahrplans" (*road map*) des Quartetts durch die Palästinenser und Israel und betonen unsere Entschlossenheit, gemeinsam auf seine Umsetzung hinzuarbeiten. Wir sprachen darüber, dass es wünschenswert sei, eine umfassende Friedenslösung zu erreichen, die Syrien und Libanon einschließt. Wir beauftragten unsere Fachminister, baldmöglichst die Maßnahmen zu prüfen, die erforderlich sind, um einen Plan für die Revitalisierung der palästinensischen Wirtschaft zu unterstützen, einschließlich der Mobilisierung privater Investitionen, im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses zu unterstützen.

- **Nordkorea:** In unserer Erklärung zur Nichtverbreitung gingen wir auf die Bedrohung ein, die von der nordkoreanischen Nuklearfrage ausgeht. Darüber hinaus unterstützen wir die von den verschiedenen Parteien unternommenen Bemühungen um eine friedliche und umfassende Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage und anderer Angelegenheiten einschließlich ungelöster humanitärer Probleme wie z.B. der Entführungen. Wir unterstützen ferner die von der Republik Korea betriebene Friedens- und Wohlstandspolitik.
- **Afghanistan:** Wir bestätigen unsere Unterstützung für Präsident Karzais Übergangsregierung. Wir bekräftigen, dass der Bonner Prozess in Geist und Substanz vollständig umgesetzt werden muss. Wir brachten unsere unveränderte Sorge über die Sicherheitslage zum Ausdruck. Zur Bekämpfung des Drogenhandels aus Afghanistan unterstützen wir die vollständige Umsetzung der afghanischen nationalen Drogenstrategie und des "Pariser Paktes", der am 22. Mai während der Konferenz über Drogenrouten von den Vereinten Nationen vorgeschlagen wurde.
- **Iran:** In unserer Erklärung über Nichtverbreitung widmeten wir uns den verbreitungsrelevanten Implikationen des weit fortgeschrittenen Nuklearprogramms von Iran.
- **Algerien:** Wir sprechen dem algerischen Volk unser tiefstes Mitgefühl angesichts der verheerenden Erdbeben aus, die das Land vor kurzem heimgesucht haben. Wir stellen bereits humanitäre Soforthilfe zur Verfügung und instruieren, um die finanziellen Konsequenzen dieser Lage zu bewältigen, unsere Fachminister, innerhalb eines Monats darüber zu berichten, wie Algerien am besten geholfen werden kann, sich von dieser Katastrophe zu erholen.
- **Simbabwe:** Wir sind besorgt angesichts von Berichten über weitere Gewaltanwendung durch die simbabwischen Behörden gegen ihr eigenes Volk. Wir fordern die Regierung Simbawes auf, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu achten. Im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der NEPAD begrüßen wir den Beitrag, den andere afrikanische Staaten zur Förderung einer friedlichen Beilegung der Krise sowie einer gedeihlichen und demokratischen Zukunft des simbabwischen Volkes leisten.

\*\*\*

Wir begrüßen das Angebot des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Gastgeber unseres nächsten Gipfeltreffens im Jahr 2004 zu sein.